

https://farid.ps/articles/gaza_humanitarian_foundation_a_cog_in_israels_genocidal_killing_I

Die Gaza-Humanitärstiftung – Ein Rädchen in Israels völkermordender Tötungsmaschinerie

Israels Politik in Gaza – insbesondere der Betrieb der Hilfsverteilungsstellen der Gaza-Humanitärstiftung (GHF) und das Verbot des Zugangs zum Meer vom 12. Juli 2025 – stellt einen systematischen Angriff auf palästinensische Zivilisten dar und erfordert eine unmissverständliche Verurteilung. Diese Handlungen verletzen zentrale Grundsätze des internationalen humanitären Rechts (IHL), waffen die humanitäre Hilfe und zwingen verzweifelte Palästinenser in ein tödliches russisches Roulette an GHF-Standorten. Das Seezugangsverbot, das inmitten unerträglicher Sommerbedingungen verhängt wurde, entzieht Zivilisten Nahrung, Hilfe und Würde und treibt sie zu tödlichen Hilfsstellen, wo sie Tod oder Verstümmelung riskieren. Die kumulative Wirkung dieser Politiken, zusammen mit expliziten Aussagen israelischer Amtsträger, offenbart nicht nur die Absicht, sondern eine koordinierte Strategie, die die rechtliche Definition von Völkermord erfüllt.

Israels Verstöße gegen das Völkerrecht

Israels Verhalten in Gaza verstößt eklatant das internationale humanitäre Recht und die Menschenrechte, wie sie in den Genfer Konventionen, dem Völker gewohnheitsrecht und multilateralen Verträgen kodifiziert sind:

1. Verletzung des Unterscheidungsgrundsatzes

Durch die Platzierung von GHF-Hilfsverteilungsstellen in oder nahe militärischer Evakuierungs zonen – wie dem Netsarim-Kontrollpunkt und Teilen von Rafah – missachtet Israel den grundlegenden Unterscheidungsgrundsatz zwischen Zivilisten und Kombattanten, der in Artikel 48 des Zusatzprotokolls I zu den Genfer Konventionen verankert ist. Das UN-Menschenrechtsbüro berichtete von 798 Todesfällen in der Nähe von Hilfsstellen seit Ende Mai 2025, wobei mindestens 615 direkt mit GHF-Standorten in Verbindung stehen (Reuters, 11. Juli 2025). IDF-Personal schießt routinemäßig auf diese Menschenmengen, was eine vorsätzliche Gefährdung von Zivilisten bestätigt.

2. Kollektive Bestrafung

Die Blockade von Gaza, die seit Oktober 2023 verschärft und durch das Seezugangsverbot vom 12. Juli 2025 weiter durchgesetzt wurde, verstößt gegen Artikel 33 der Vierten Genfer Konvention, der kollektive Bestrafung verbietet. Fischerei war seit Generationen eine entscheidende Nahrungsquelle in Gaza. Durch das Verbot nicht nur der Fischerei, sondern auch des Schwimmens in der brutalen Sommerhitze – inmitten zerstörter Häuser, knapper Wasserressourcen und ohne Strom – fügt Israel der

Bevölkerung Leid zu und verletzt seine rechtlichen Verpflichtungen als Besatzungsmacht.

3. Willkürliche Lebensberaubung

Das Seezugangsverbot, das mit Schießbefehlen für Schwimmer und Fischer durchgesetzt wird, stellt einen klaren Verstoß gegen Artikel 6 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) dar, der das Recht auf Leben garantiert. In Kombination mit den Schüssen der IDF auf GHF-Hilfsstellen stellen diese Handlungen ein Muster willkürlicher Exekutionen dar, die nach dem Römischen Statut Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen.

4. Waffenstillung humanitärer Hilfe

Die GHF, die Anfang 2025 im Rahmen einer gemeinsamen US-israelischen Initiative gegründet und mit IDF-Sicherheit und privaten US-Auftragnehmern betrieben wird, untergräbt die humanitären Grundsätze der Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit. Amnesty International verurteilte die GHF in ihrer Erklärung vom 29. Mai 2025 als „illegitim und unmenschlich“ und stellte fest, dass sie Israels Pflicht verletzt, das Wohlergehen der besetzten Bevölkerung sicherzustellen. Anstatt sicheren Zugang zu Hilfe zu gewährleisten, setzt die GHF Zivilisten tödlicher Gewalt aus und verwandelt humanitäre Hilfe in ein Kriegsinstrument.

Diese Handlungen sind Teil einer umfassenderen Strategie, „Lebensbedingungen zu schaffen, die darauf abzielen, die physische Zerstörung eines Volkes herbeizuführen“, was einen direkten Verstoß gegen Artikel II(c) der Völkermordkonvention von 1948 darstellt.

Völkermordabsicht: Die Worte hinter dem Krieg

Die rechtliche Schwelle für Völkermord beinhaltet die Anforderung einer spezifischen Absicht. Israelische politische und militärische Führer haben diese Absicht wiederholt in unmissverständlichen Worten ausgedrückt. Verteidigungsminister Yoav Gallant beschrieb Palästinenser als „menschliche Tiere“, während der Minister für Erbe Amichai Eliyahu vorschlug, eine Atombombe auf Gaza abzuwerfen. Premierminister Benjamin Netanyahu berief sich auf den biblischen Befehl, „Amalek zu gedenken“, eine historisch als Aufruf zur völligen Vernichtung interpretierte Aufforderung.

Finanzminister Bezalel Smotrich erklärte: „Kein einziges Weizenkorn sollte Gaza erreichen“, und Präsident Isaac Herzog bestritt die Unschuld von Zivilisten und behauptete eine kollektive Schuld. Bildungsminister Yoav Kisch sagte unverblümt: „Sie müssen ausgerottet werden.“ Aussagen von IDF-Generälen und Knesset-Mitgliedern wiederholen diese völkermordende Rhetorik, wobei ein stellvertretender Parlamentssprecher dazu aufrief, „Gaza von der Erdoberfläche zu tilgen“, und ein anderer drängte darauf, „Gaza ohne Gnade dem Erdboden gleichzumachen“.

Diese Erklärungen sind keine Ausnahmen – sie spiegeln die Staatspolitik wider. Jahr für Jahr hallen beim Jerusalemer Flaggmarsch Rufe wie „Tod den Arabern“ wider, was eine Kultur des Eliminismus im Kern des israelischen Staates unterstreicht. Die Verschmelzung de-

humanisierender Sprache mit Politiken, die systematisch das zivile Leben zerstören, offenbart die völkermordende Absicht hinter Israels Handlungen in Gaza.

Die blutigsten Tage an den GHF-Hilfsverteilungsstellen

Die Verteilungsstellen der Gaza-Humanitärstiftung sind zu Tötungsfeldern geworden. Zu den blutigsten Tagen seit Ende Mai 2025 gehören:

- **3. Juni 2025:** 102 Tote, 490 Verletzte
- **6. Juni 2025:** 110 Tote, 583 Verletzte
- **8. Juni 2025:** 125 Tote, 736 Verletzte
- **10. Juni 2025:** 163 Tote, 1.495 Verletzte
- **11. Juni 2025:** 223 Tote, 1.858 Verletzte
- **12. Juni 2025:** 245 Tote, 2.152 Verletzte

Diese Vorfälle, bestätigt von Journalisten und medizinischem Personal, zeigen ein wiederkehrendes Muster gezielter Schüsse auf Zivilisten, die sich um Hilfe versammeln. Die steigende Zahl der Todesopfer ist ein direkter Ergebnis der bewussten Militarisierung humanitären Raums.

Der Zusammenbruch des Gesundheitssystems in Gaza: Gezielte Krankenhäuser, blockierte Medikamente

Während Zivilisten an GHF-Standorten und in ganz Gaza verstümmelt werden, finden sie in Krankenhäusern keine Zuflucht – denn Israel hat **jedes einzelne** bombardiert und beschädigt. Die Gesundheitsinfrastruktur in Gaza wurde systematisch angegriffen, Operationssäle in Trümmer gelegt, Intensivstationen zerstört und Ärzte, Krankenschwestern und Patienten getötet. Die Weltgesundheitsorganisation hat diese Angriffe als Kriegsverbrechen verurteilt.

Aufgrund der Blockade sind lebenswichtige Medikamente, einschließlich Anästhetika, Schmerzmittel und Antibiotika, nicht verfügbar. Ärzte sind oft gezwungen, Amputationen, Kaiserschnitte und lebensrettende Operationen **ohne Beruhigungsmittel oder Anästhetika** durchzuführen. Diese Grausamkeit ist kein Kollateralschaden – sie ist Teil des Plans. Das Verwunden von Zivilisten an Hilfsstellen und das anschließende Verweigern von Behandlung dient Israels umfassenderem völkermordendem Ziel, die Bevölkerung Gazas auf jede erdenkliche Weise zu eliminieren.

Soldaten mit Befehl, auf Zivilisten zu schießen: Verstöße gegen Recht und Gewissen

In einer schockierenden Enthüllung, die am 27. Juni 2025 von *Haaretz* veröffentlicht wurde, berichteten mehrere israelische Soldaten, dass sie ausdrückliche Befehle erhielten, auf unbewaffnete Palästinenser zu schießen, die sich an GHF-Hilfsverteilungsstellen versammelten. Diese Zeugenaussagen bestätigen, was Überlebende und Journalisten seit Langem

berichtet haben: Zivilisten, die friedlich für Essen und Wasser anstanden, wurden absichtlich angegriffen, nicht versehentlich in ein Kreuzfeuer geraten. Ein Offizier beschrieb die Szene als „Tötungsfeld“ und gab zu, dass scharfe Munition nicht zur Selbstverteidigung, sondern zur gewaltsamen Zerstreuung von Menschenmengen eingesetzt wurde. Diese Politik des kalkulierten Mordes verstößt sowohl gegen internationales Recht als auch gegen militärische Ethik.

Die Nürnberger Prozesse, die auf die Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs folgten, etablierten den Präzedenzfall, dass „nur Befehle befolgen“ keine Verteidigung für Kriegsverbrechen ist. Soldaten sind persönlich für unrechtmäßiges Verhalten verantwortlich, insbesondere wenn Befehle offensichtlich illegal sind. Dieser Grundsatz ist im Ethikkodex der IDF verankert, der bestätigt, dass israelische Soldaten nicht nur das **Recht**, sondern die **Pflicht** haben, illegale Befehle zu missachten. Das Abfeuern scharfer Munition auf unbewaffnete Zivilisten – insbesondere auf diejenigen, die humanitäre Hilfe suchen – ist kein Graubereich: Es ist ein Kriegsverbrechen. Die Soldaten, die diese Befehle befolgten, die Kommandeure, die sie erteilten, und der Staat, der diese Politik ermöglichte, müssen alle zur Rechenschaft gezogen werden. Moralelle Verantwortung kann nicht ausgelagert werden. Sie kann auch nicht unter den Trümmern eines Volkes begraben werden, dem Nahrung, Wasser und Würde verweigert werden.

Bericht eines Opfers: Erschossen, während es hungrte

Ich möchte hier eine persönliche Geschichte über einen engen Freund von mir teilen, einen jungen Bewohner Gazas, gerade einmal 20 Jahre alt. Er verlor seine gesamte Familie bei einem israelischen Luftangriff im Jahr 2024. Seitdem lebt er allein inmitten der Trümmer, auf der Suche nach Nahrung, traumatisiert wie im Schlaf wandelnd. Anfang Juli 2025 hatte er vier ganze Tage lang nichts gegessen. Seine Hände zitterten vor Hunger; seine Sicht war verschwommen; sein Atem kam in Stößen, während die Sommerhitze über ihm brannte. Der Hunger nagte an seinem Körper. Er hatte keine Wahl. Er ging – oder besser gesagt, stolperte – zum GHF-Hilfsstandort in Netsarim. Es war seine letzte Hoffnung.

Als er ankam, fand er sich von Tausenden anderen umgeben, ebenso verzweifelt. Plötzlich, ohne Vorwarnung, eröffneten israelische Streitkräfte das Feuer. Kugeln rissen durch die Menge. Er wurde einmal in den Arm getroffen, dann erneut in den Rücken. Eine dritte Kugel durchbohrte seinen Oberschenkel. Die vierte zerschmetterte einen Teil seiner Wirbelsäule. Er brach im Sand zusammen, gelähmt, blutend, umgeben von Schreien. Es gab keine Krankenwagen. Keine Tragen. Keine Sanitäter. Nur der rohe Mut von Fremden – anderen Palästinensern, die sich weigerten, ihn zurückzulassen. Sie trugen ihn zu Fuß unter ständiger Bedrohung, erneut anvisiert zu werden, zum nächstgelegenen funktionierenden Krankenhaus. Er verlor einen Finger. Er wird vielleicht nie wieder laufen. Aber er überlebte. Und wofür? Weil er versuchte zu essen.

Seezugangsverbot zwingt zur Abhängigkeit von GHF

Das Verbot des Zugangs zum Meer vom 12. Juli 2025 beseitigte Gazas letzte unabhängige Nahrungsquelle. Durch die Kriminalisierung von Fischerei und Schwimmen unter Todes-

drohung entzog Israel den Palästinensern ihre Handlungsfähigkeit und trieb sie zur einzigen verbleibenden Option: den GHF-Standorten. Ärzte ohne Grenzen berichteten, dass das Verbot, das während eines unerträglichen Sommers mit wenig Schatten oder Wasser durchgesetzt wurde, Dehydrierung, Unterernährung und Verzweiflung verschärft hat (MSF, Juli 2025). Diese Politik treibt Palästinenser in tödliche Hilfsfallen – sie verweigert lebensrettende Alternativen und schafft Todeszonen.

GHF als Rädchen in Israels völkermordender Tötungsmaschinerie

Die Gaza-Humanitärestiftung ist kein neutraler Hilfeanbieter – sie ist ein Rädchen in einer völkermordenden Tötungsmaschinerie. Ihre Struktur stellt sicher, dass Zivilisten unter dem Vorwand der Hilfe maximalem Gefahr ausgesetzt sind. Das Seezugangsverbot, die Militarisierung der Hilfe und die systematische Zielausrichtung auf Verteilungsstellen fügen sich zu einer kohärenten Strategie zusammen: die Zivilbevölkerung Gazas ganz oder teilweise zu zerstören.

Die Todeszahlen der UN von 798 an Hilfsstellen, die täglich steigen, werden von Zehntausenden weiteren Verletzten, Traumatisierten und Vertriebenen begleitet. Die Operationen der GHF – unter Aufsicht der IDF und mit US-Unterstützung durchgeführt – machen sie mitschuldig an Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Sie ermöglicht einen Völkermord, der in humanitäre Sprache gehüllt ist.

Schlussfolgerung

Israels Handlungen in Gaza – durch die GHF, das Seezugangsverbot, die totale Blockade und die systematische Zerstörung des Gesundheitssystems Gazas – sind nicht nur moralisch verwerflich, sondern rechtlich unhaltbar. Diese Politiken verletzen das Völkerrecht, humanitäre Normen und die grundlegenden Prinzipien der menschlichen Würde. Die Gaza-Humanitärestiftung fungiert, anstatt Hilfe zu leisten, als Mechanismus der Ausrottung. Das Seezugangsverbot vom 12. Juli zwingt Zivilisten, zwischen Hunger oder fast sicherem Tod an militarisierten Hilfsstellen zu wählen. Die Zerstörung von Krankenhäusern und das Zurückhalten von Medikamenten verschärfen das Leid.

Die Welt muss handeln. Die GHF muss aufgelöst werden. Das Seezugangsverbot muss aufgehoben werden. Die Krankenhäuser Gazas müssen wieder aufgebaut und versorgt werden. Und Israel muss für seine völkermordende Kampagne zur Rechenschaft gezogen werden. Nicht weniger als das Überleben eines Volkes – und die Glaubwürdigkeit des Völkerrechts – steht auf dem Spiel.